

„Brauchen wir einen neuen Familismus? Kritische Anmerkungen zu einem ideologisierten Familienverständnis“ von Gisela Notz

„Wir brauchen einen Familismus!“ hieß es im Februar 2014 in einem Artikel der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*.¹ Es ging um die Ängste, die damit verbunden sind, in dieser unübersichtlichen Welt Kinder zu bekommen. Seit die Rollenmodelle in unserer Gesellschaft verhandelbar sind, so die These, ist alles viel komplizierter geworden, in „Beziehungen und in Gesellschaft“, in der Frage Ja oder Nein zum Kind und zur „Vereinbarkeit von Kind und Beruf“. Deshalb schlägt die Autorin eine Emanzipation von diesen Ängsten vor. Da wird ihr der Familismus nicht weiter helfen. Schließlich prägt die Ideologie des Familismus (oder auch Familialismus), die die gesellschaftliche Organisationsnorm aus dem Konzept einer „Idealfamilie“ ableitet seit Jahrhunderten Politik und Sozialstruktur in Deutschland und in anderen westlichen Ländern wesentlich mit. Familismus hat noch immer Hochkonjunktur, obwohl er einen Ausgangspunkt hat, der schon immer nur für einen Bruchteil der Bevölkerung praktische Relevanz hatte: *die* Familie. Sie gibt es heute ebenso wenig, wie es sie je gegeben hat. Und schon gar nicht war sie zu allen Zeiten die bürgerliche Kleinfamilie, wie wir sie heute kennen. Dennoch ist es die Ideologie des Familismus, die unweigerlich zur Diskriminierung von Individuen und Gruppen führt, die diesem Bild nicht entsprechen.

Was verbirgt sich hinter dem Begriff?

Nach dem Wörterbuch der Soziologie ist Familismus die „Herrschaft der Familie“ und eine „soziologische Bezeichnung für eine Sozialstruktur, in der (...) die Familie die für die soziale Existenz des einzelnen Menschen wie für den gesellschaftlichen Zusammenhalt zentrale soziale Instanz darstellt.“² Familismus ist nicht nur ein soziologischer Begriff, oder ein Konzept, sondern vor allem eine Ideologie, die die bürgerliche Kleinfamilie als „naturegegebene“ Leitform einer Sozialstruktur bezeichnet.

¹ Larissa Boehning: Wir brauchen einen Familismus, in: Frankfurter allgemeine Zeitung vom 10.2.2014.

² Karl-Heinz Hillmann: Wörterbuch der Soziologie, Stuttgart 2007, S. 219.

Im Familismus nimmt die Familie, das heißt, die heterosexuelle, monogame Vater-Mutter-Kind-Familie und bestenfalls die engste Verwandtschaft die Funktion einer die Existenz des Einzelnen sichernden sowie den gesamtgesellschaftlichen Zusammenhang stützenden Instanz ein. In familistischen Gesellschaften – wie sie die BRD ist - ist die Familie der Dreh- und Angelpunkt aller sozialen Organisationen und Institutionen und unterstützt den Rückzug der Individuen ins „Private“ und das Hintanstellen der individuellen Bedürfnisse gegenüber denen der Familie, die immer auf der heterosexuellen Ehe basiert und möglichst mit einem kirchlichen Segen versehen ist.

Das System aller Familien bildet das Gemeinwesen.³ Das Gemeinwesen ist nach der Ideologie des Familismus auf den Nationalstaat bezogen. Es besteht also ein Zusammenhang zwischen den Konzepten der Familie, des Selbst, der Staatsbürgerschaft und der (National)Staatlichkeit. Menschen ohne Familie gibt es in familistischen Gesellschaften nicht. Ihnen wird unterstellt, dass sie früher oder später eine Familie gründen werden oder zu ihr zurückfinden, weil alle Menschen Teil einer familialen Ordnung sein wollen, deren Aufrechterhaltung den Menschen als Individuum nicht benötigt, weil es in der Familie aufgeht. Familistische Systeme schließen faktisch alle Menschen aus, die nicht zu einer Familie gehören (z. B. Singles, Alleinerziehende, Menschen, die in Heimen oder auch in Kommunen und anderen selbstgewählten sozialen Netzwerken leben). Im idealen Familismus bilden sich keine Konflikte zwischen der Familienstruktur und externen sozialen Akteuren. Letztere sind schlicht nicht existent oder bedeutungslos.⁴ Die Ehe als Grundlage für die Familie begründet die „Blutsverwandtschaft“ (mein eigen Fleisch und Blut). Ehen unter engen „Blutsverwandten“ gelten in den meisten Kulturen als unzulässig (Inzestverbot). In Deutschland war die Staatsbürgerschaft bis zum Jahr 2000 an die blutsverwandte Abstammung einer Person gebunden. Erst nach der Reform des Staatsangehörigkeitsgesetzes 2000 wurde – wie das in anderen Ländern längst üblich ist - das Geburts- und Territorialprinzip einbezogen. Das Abstammungsprinzip gilt weiter und wird ergänzt durch das Geburtsortsprinzip.⁵ Konservative Kräfte wollen das wieder zurückdrehen. Die Ideologie des ‚eigenen Blutes‘ führt – unabhängig davon auch heute dazu, dass von Frauen immer erwartet wird, dass sie

³ Fuchs-Heinritz u.a. Lexikon der Soziologie, Wiesbaden 2010, 5. Aufl.

⁴ Karl-Heinz Hillmann: Wörterbuch der Soziologie. Stuttgart 1994, S. 216.

⁵ Ein in Deutschland geborenes Kind enthält danach auch dann die deutsche Staatsbürgerschaft, wenn die Eltern diese nicht besitzen. Allerdings muss sich ein Elternteil seit mindestens acht Jahren in Deutschland aufhalten *und* über eine unbefristete Aufenthaltsgenehmigung verfügen.

(eigene) Kinder bekommen. Die Bedeutsamkeit der „Blutsbande“ hat sich durch die neuen Reproduktionstechnologien und deren vermeintliche „Objektivität“ noch verstärkt, anstatt relativiert. Felicita Reuschling führt den Erfolg des „Geschäftsmodells der Fruchtbarkeitsindustrie“ auf die Sentimentalisierung einer Lebensform, für die es keine gesellschaftlich akzeptierte Alternative zu geben scheint und damit auf den Familismus zurück.⁶

Mir geht es weniger um den theoretischen Begriff, sondern vor allem um die Wirkmächtigkeit dieser Ideologie, die häufig zu Versagens- und Schuldgefühlen bei denjenigen führt, deren soziale Realität an dem ideologischen Gemälde, das bis heute an jede Wand gemalt und auf jede Litfaßsäule geklebt wird, vorbeigeht.⁷

Familismus – nicht die Familie - ist eine Spielart des Anti-Feminismus, denn nach der familistischen Ideologie herrschen in der Familie komplementäre Rollenaufteilungen entlang der Geschlechterlinien. Der Vater ist der „Haupternährer“, die Mutter die Hausfrau oder Zuverdienerin. Sie ist für die biologische und soziale Reproduktion des Nachwuchses vorgesehen, also für die Erziehung der Kinder, aber auch für die Pflege von alten, kranken und behinderten Familienmitgliedern zuständig und für die Versorgung des Ehemannes, auch wenn dieser gesund ist. Auch heute wird von PolitikerInnen und SoziologInnen die Wichtigkeit des intergenerativen Fürsorgezusammenhangs, der auf Dauer angelegt ist, hervorgehoben. Damit wird die Familie als Keimzelle der kapitalistischen Gesellschaft und der Familismus als Komplize des Patriarchats weiter ideologisch unterstützt.

Ein Blick in die Geschichte des Familismus

Die historische Rekonstruktion zeigt, dass Familie neben einer sozialen auch eine politische und wirtschaftliche Konstruktion ist. Wilhelm Heinrich Riehl (1823 – 1897), der später als der erste Familiensoziologe bekannt werden sollte, beklagte in seinem Band "Die Familie" bereits 1855 den Verfall der Familie.⁸ Damals, in der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts meinte er das "ganze Haus" der vorindustriellen Gesellschaft, das noch heute viel zitiert und glorifiziert wird. Die Struktur dieser Familienform, der

⁶ Vgl. hierzu auch: Felicita Reuschling: Kapitalistischer Realismus, Postutopie und die heilige Familie, in: Melinda Cooper u.a. (Hg.): Sie nennen es Leben, wir nennen es Arbeit. Biotechnologie, Reproduktion und Familie im 21. Jahrhundert, Münser 2015, S. 127 – 141; hier: S. 135.

⁷ Siehe ausführlicher: Gisela Notz: Kritik des Familismus. Theorie und soziale Realität eines ideologischen Gemäldes, Stuttgart 2015.

⁸ Wilhelm Heinrich Riehl: Die Naturgeschichte des Volkes als Grundlage einer deutschen Socialpolitik, 1851 – 1862, vier Bände, Bd. III: die Familie, Stuttgart 1855.

großbürgerlichen und großbäuerlichen Großfamilien, zu der verwandte und nicht verwandte Personen zählten, sah eine Tätigkeitsbegrenzung von Frauen auf die rein hauswirtschaftlichen Arbeiten nicht vor, weil das zentrale Merkmal des „ganzen Hauses“ die Einheit von Produktion und „Familienleben“ war. Kinder, Frauen und Männer, Alte und das Gesinde beteiligten sich an der Erwerbsarbeit und an den übrigen Arbeiten. Auch damals galt die Ideologie des Familismus, obwohl das „ganze Haus“ sie – ebenfalls wie heute die bürgerliche Kleinfamilie - bereits von vielen anderen Formen des Zusammenlebens unterwandert wurde. Eine „heile“ Familie war auch diese Familienform nicht. Sie war bereits patriarchal organisiert und basierte auf der traditionellen zentralen Rolle des Vaters, der sein Patriarchat notfalls mit dem Faustrecht verteidigen konnte.⁹ Die Rolle des Gesindes, vor allem der Mägde, die den jungen und alten Herren ausgeliefert waren, wird selten beschrieben. Die „Hausfrau“ sollte die Sitten des Hauses pflegen, auch im Sinne „unserer Nationalität“.¹⁰ Frauen sollten „wirken für das öffentliche Leben, aber man soll ihrer dabei nicht ansichtig werden, denn sie sollen zu Hause bleiben“.¹¹ Das „Haus“ und die Familie waren das „organische Vorgebilde der Gesellschaft“ und die strenge Sitte des Hauses galt als das „Allerheiligste des nationalen Geistes“¹²

Das ganze Haus zerfällt, der Familismus bleibt

Aus dem „Zerfall“ dieser Familienform ist mit fortschreitender Industrialisierung das entstanden, was heute als Idealfamilie bezeichnet wird. Klare Rollenzuweisungen galten weiter als Naturgesetz. Das Idealbild entsprach freilich auch jetzt nicht immer der gelebten Wirklichkeit und hatte ein klassistisches und meist auch rassistisches Gesicht. Jedenfalls sah es für Arbeiterfamilien anders aus als für bürgerliche und kleinbäuerliche¹³

und die „Einheirat“ einer ‚fremden‘ Person war lange äußerst problematisch. Dieser (angestrebte) Familientyp war auch für das Unternehmertum interessant. Deutlich wird das beispielsweise aus Alfred Krupps „Wort an seine Angehörigen“ von 1877: „Genießet, was euch beschieden ist. Nach getaner Arbeit verbleibet im Kreise der Eurigen, bei den Eltern, bei der Frau und den Kindern und sinnt über Haushalt und

⁹ Vgl. Gisela Notz: Familien. Lebensformen zwischen Tradition und Utopie, Neu-Ulm 2003, 10.

¹⁰ Riehl, S. 15.

¹¹ Ebd., S. 12.

¹² Ebd., S. 219.

¹³ Vgl. Gisela Notz: Verlorene Gewißheiten? Individualisierung, soziale Prozesse und Familie, Frankfurt/M. 2004, 3. völlig überarbeitete und aktualisierte Aufl., S. 9.

Erziehung. Das sei Eure Politik, dabei werdet Ihr frohe Stunden erleben. Aber für die große Landespolitik erspart Euch die Aufregung. Höhere Politik treiben erfordert mehr freie Zeit und Einblick in die Verhältnisse, als dem Arbeiter verliehen ist.“¹⁴ Das deckte sich mit dem Wunsch derjenigen Arbeitsmänner, die ihre Frau zu Hause lassen wollten, was jedoch nur sehr wenigen vergönnt war. Aber es war auch ein Aufruf an die Arbeiter selbst, sich aus der großen Politik herauszuhalten, was nicht alle taten und was nicht selten zu Konflikten mit den Fabrikherren führte. Die bürgerliche Kleinfamilie galt nun als „Keimzelle des Staates“ und Produzent einer neuen Generation. Neu hinzu kam ihre Funktion als Bollwerk, als Schutzwall und kritischer Gegenpol gegenüber den Versachlichungsprozessen des kapitalistischen Wirtschaftens und als Wärmespender zur kalten Rationalität der zerstörerischen Technisierung der männlichen Sphäre von Produktion und der bürokratischen Verwaltung.¹⁵ Und nicht zuletzt als Garant für die enge Verbindung zwischen Front und „Heimatfront“ mit totaler Mobilisierung und Ideologisierung der Nation während der beiden Weltkriege.

Mit der Gründung der Weimarer Republik konnten Frauen wählen und die Erwählten auch in den Reichstag einziehen. Dazu brauchten sie die Erlaubnis ihres Ehemannes. Daran änderte auch der Satz in der Verfassung „Männer und Frauen haben grundsätzlich die gleichen staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten“, der zu Interpretationen und Ausnahmeregelungen einlud, nichts. Das traditionelle familistische Rollenverständnis galt trotz vieler alleinlebender Frauen weiter und erreichte seinen Höhepunkt mit der Mütter- und Familienideologie im Nazi-Faschismus und dem damit verbundenen verheerenden Ausgang.

Die Einschreibung des Familismus in das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland

Die Ideologie des Familismus dominierte in der neu gegründeten Bundesrepublik nicht nur, sie ist fest im Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland verankert. Zwar war Frauen nun die Gleichberechtigung mit den Männern garantiert (Artikel 3,

¹⁴ Alfred Krupp: Eine Ansprache an seine Angestellten (11. Februar 1877), in: Wilhelm Berdow (Hg.): Alfred Krupps Briefe 1826-1887. Im Auftrage der Familie und der Firma Krupp, Berlin, 1928, S. 343-48.

¹⁵ Adorno 1956, zitiert nach: Yvonne Schütze: Zur Veränderung im Eltern-Kind-Verhältnis in der Nachkriegszeit, in: Rosemarie Nave-Herz (Hg.): Wandel und Kontinuität der Familie in der Bundesrepublik Deutschland, Stuttgart 1988, S. 95 – 112; hier: S. 103.

Abs. 2), allerdings sollten sie auch im ‚neuen Deutschland‘ der BRD Bestandteil von (‚Normal‘)Familien sein. Nach Art. 6 des GG (Abs.1) wurde – nach heißen Auseinandersetzungen im Parlamentarischen Rat - ‚Familie‘ in der Verknüpfung mit Ehe unter den besonderen Schutz des Staates gestellt. Der PR nahm damit die von den konservativen Parteien (CDU/CSU und Zentrum) und den christlichen Kirchen als treibende hegemoniale Kräfte mit Nachdruck vertretene Auffassung von der Familie als wichtigsten Baustein einer Gesellschaft auf und verfestigte einen konservativen Familismus, der Frauen und Männern eindeutige Rollen zuwies.¹⁶ Trotz nunmehr vier Millionen „alleinstehender“ Frauen wurde die bürgerliche Kleinfamilie zum Vorbild für die Nachkriegsgeneration und prägt bis heute die Leitlinien der Politik. Nicht von ungefähr, denn in der Familie sollen Kinder (christlich) erzogen, pflegebedürftige Menschen versorgt und Alte und Behinderte betreut werden. Das erspart soziale und pflegerische Infrastruktur. Das führt aber auch dazu, dass es vor allem Frauen sind, denen prekäre Arbeitsverhältnisse angeboten werden, weil man ihnen unterstellt, dass sie Beruf und Familie nur so vereinbaren können. 70 Prozent der prekären Arbeitsverhältnisse haben Frauen inne – und längst nicht alle sind verheiratet und/oder Mütter oder wollen Mütter werden oder ihre Angehörigen zu Hause pflegen.¹⁷

Kritik am Familismus

An der Ideologie des Familismus wurde schon früh Kritik geübt. Sei es von sozialistischer, marxistischer, anarchistischer oder feministischer Seite. Seit dem 19. Jahrhundert gründeten AnarchistInnen und SozialistInnen Lebens- und Arbeitsgemeinschaften als Alternativen zum kapitalistischen und zum familistischen System. Einige waren erfolgreich, andere gingen wieder unter – an eigenen inneren Widersprüchen oder durch den Druck des Staates.¹⁸ Die Sozialistin Lily Braun (1865 – 1916) brachte zu Beginn des 20. Jahrhunderts das Konzept des „genossenschaftlichen Haushalts oder der zentralisierten Wirtschaftsführung“ mit dem „Einküchenhaus“ als Alternative zum kleinfamilialen Haushalt und als Voraussetzung für die Befreiung der Frauen in die Debatten der sozialistischen

¹⁶ Vgl. Ebenda sowie Gisela Notz/Christl Wickert: Die geglückte Verfassung. Sozialdemokratische Handschrift des Grundgesetzes, Berlin 2009, besonders s. 54 ff.

¹⁷ Vgl. Gisela Notz: Frauen in prekären Arbeitsverhältnissen, in: Klaus Pape (Hg): Arbeit ohne Netz, Hannover 2007, S. 49 – 70.

¹⁸ Vgl. hierzu: Gisela Notz: Theorien alternativen Wirtschaftens, Fenster in eine andere Welt, Stuttgart 2012, 2. Aufl.

Frauenbewegung ein.¹⁹ Von bürgerlicher Seite war es die Frauenrechtlerin, Sexualreformerin und Pazifistin Helene Stöcker (1869 – 1943), die mit der „Theorie der neuen Ethik“ das familistische Konzept der Protagonistinnen der bürgerlichen Frauenbewegung kritisierte. Sie forderte gleichberechtigte Beziehungen zwischen Männern und Frauen, die nicht auf die bürgerliche Ehe und Kleinfamilie beschränkt sein sollten.²⁰

Auch die „neuen“ Frauenbewegungen der 1970er Jahre in Westdeutschland haben mit ihrer harschen Kritik an der tradierten Familienideologie zumindest einen Stein ins Rollen gebracht. Sie strebten keine „partnerschaftlichen“, sondern kollektive Lösungen der Kindererziehung und des Zusammenlebens und -arbeitens an. Sie entwickelten Gegenmodelle zur heterosexuellen Kleinfamilie, die geeignet waren, die enge Fixierung zwischen Vater, Mutter und Kind aufzulösen und für Frauen und Kinder Freiräume zu schaffen. Wohngemeinschaften als alternative Formen des Zusammenlebens schossen in den 1970er Jahren wie Pilze aus dem Boden. Frauen, Männer und Kinder wollten ein neues Miteinander ohne Besitzansprüche, Ausbeutung, Unterdrückung oder Gewalt entwickeln. Etliche Protagonistinnen sprachen sich für die Auflösung der Kleinfamilie aus, um einen Zustand jenseits von Abhängigkeiten und Besitzansprüchen zu leben und andere nicht hierarchische und nicht autoritäre Beziehungen zwischen Kindern, Frauen und Männern entwickeln zu können.²¹ Die Kritik der staatlichen Familienpolitik als Bevölkerungspolitik, die als Frauenpolitik ausgegeben wird, sie jedoch untergräbt, hält bis heute an. Einige frauen- und familienpolitische Verbesserungen wären – so meine These – ohne die Auswirkungen der Frauenbewegungen der 1970er Jahre kaum möglich gewesen.

Wie sieht die Situation heute aus?

„Klassische Familie auf dem Rückzug“ oder „Wandel im Familienleben“, so oder ähnlich titeln die Medien seit Jahren, wenn das Statistische Bundesamt die aktuellen Zahlen veröffentlicht. Die Zahlen wirken alarmierend, weil man aus ihnen lesen kann, dass die traditionelle heterosexuelle Kernfamilie, wenn nicht ein Auslaufmodell, so jedoch keinesfalls das vorherrschende Lebensmodell in Deutschland ist. Im Jahr 2014 lebten von 40,2 Millionen **Haushalten** mit rund 80,8 Millionen

¹⁹ Lily Braun: Frauenarbeit und Hauswirtschaft, Berlin 1901.

²⁰ Notz, Kritik des Familismus, S. 71 f.

²¹ Siehe hierzu auch: Gisela Notz: Warum flog die Tomate? Neu-Ulm 2006.

Haushaltsmitgliedern 28 Prozent in der klassischen Kleinfamilie, also im Zweigenerationenhaushalt, in dem Eltern und ihre Kinder zusammenleben. Dabei sind Stief-, Pflege-, Adoptivkinder und die Großeltern, die mit ihren Enkeln leben, mitgezählt. Rechnet man die Familien mit minderjährigen Kindern, so waren es nur 20,3 Prozent der Haushalte.²² Alleinerziehende machten 7,8 Prozent der Haushalte aus. Der häufigste **Haushaltstyp** ist mit 37,2 Prozent der Singlehaushalt.²³ Nimmt man alle Haushalte, in denen **Familien** leben, so lebt fast jede dritte Familie in der BRD nicht mehr nach dem klassischen Familienmodell. Alleinerziehende Eltern sind eine ständig wachsende **Familienform**. 20 Prozent der Väter und Mütter waren 2014 alleinerziehend, davon waren etwa 90 Prozent Mütter.²⁴ Zehn Prozent der Familien lebten in nichtehelichen oder gleichgeschlechtlichen Partnerschaften.²⁵ Der Rest der Haushalte besteht aus Wohngemeinschaften, Heimen etc.

Familien- und BevölkerungspolitikerInnen und FamiliensoziologInnen trösten sich damit, dass Menschen bei Umfragen stets angeben, dass man eine Familie zum Glück braucht. Sie schließen daraus, dass die Befragten die „Normalfamilie“ meinen und dass diese für viele Menschen von zentraler Bedeutung sei.

Die Wirkungsmacht der Ideologie

Die Wirkungsmächtigkeit der Ideologie wird unterstützt durch den politischen Einfluss konservativer Kreise und christlicher Zirkel, die sich immer wieder darum bemühen, den Familismus gegen alle Auflösungserscheinungen zu verteidigen.

Konservative Christen und christlich-fundamentalistische Kreise, selbsternannte „Lebensschützer“ und „besorgte Eltern“, die „Alternative für Deutschland“ und mit ihr verbundene Netzwerke und die „Neue Rechte“ die bis in die Neonazi-Szene reichen, propagieren die standesamtlich geschlossene und mit kirchlichem Segen versehene, monogame, heterosexuelle Ehe mit eigenen Kindern als die einzige gültige Lebensform. Argumentiert wird weniger mit den eigenen Bedürfnissen der FamiliengründerInnen, als damit, dass es keinen Zweifel daran gäbe, dass Kinder eine traditionelle Familie wünschen und nachhaltige Schäden davontragen, „wenn

²²https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/Bevoelkerung/HaushalteFamilien/Aktuell_Haushalte2.html

²³ https://www.destatis.de/DE/PresseService/Presse/Pressemitteilungen/2014/05/PD14_185_122.html

²⁴ de.statista.com/statistik/daten/studie/318160/umfrage/alleinerziehende-in-deutschland-nach-geschlecht/

²⁵ www.welt.de/newsticker/dpa_nt/infoline_nt/brennpunkte_nt/article133459953/Ein-Drittel-der-Familien-lebt-nicht-im-klassischen-Modell.html

dieser ‚elementare Wunsch‘ nicht erfüllt wird“ (z.B. Gabriele Kuby).²⁶ Familie wird als „Keimzelle des Staates“ hoch gelobt und gepriesen. Wer kinderlos oder unverheiratet ist, gilt als „Demografiedienstverweigerer“²⁷, so der mit dem katholischen Journalistenpreis ausgezeichnete Andreas Püttmann, der „Familie“ der „menschlichen Sozialnatur“ zuordnet und damit andere Lebensformen diffamiert und als widernatürlich ausgrenzt.

Eike Sanders und ihre Mitstreiter verweisen in ihrem Buch „Deutschland treibt sich ab, darauf, dass Geschlechterhierarchie in Beruf und Haushalt von christlichen Fundamentalisten damit begründet wird, dass Männer und Frauen gegensätzliche oder einander ergänzende Wesen mit unterschiedlicher Aufgabenstellung sind. Die ‚natürliche‘ Aufgabe der Frau sei die der Ehefrau, Mutter und Hausfrau die des Vaters die Rolle des Geldverdieners. Zwar würde dieses Bild in der aktuellen politischen Diskussion bevorzugt muslimischen Familien untergeschoben. Für christlich-konservative Familien und besonders für Evangelikale gilt es jedoch mindestens ebenso.²⁸ So verweist das Forum deutscher Katholiken darauf, dass „die beste Förderung der Kinder in den ersten Lebensjahren (...) in der eigenen Familie passiert“, deshalb müssten Frauen, die zu Hause erziehen „eine Erziehungshilfe in Höhe der Kosten des Kinderkrippenplatzes“ gewährt werden“²⁹. Solange dies nicht geschieht, wäre auch keine ‚Wahlfreiheit‘ gegeben. Ein Argument, das die besonders Konservativen in der CDU/CSU schon lange für sich entdeckt hatten. Immer wieder forderten sie Familiengehalt oder Erziehungsgehalt (für nicht berufstätige Frauen) und stießen damit meist bei etlichen eigenen Mitgliedsfrauen auf Widerstand. „Wahlfreiheit“ klingt modern, als könnten Frauen tun und lassen, was sie wollen, wenn sie nur ein bisschen Taschengeld für die Haus- Erziehungs- und Pflegearbeit bekommen. „Wahlfreiheit“ ist ein anti-feministisches Konzept, denn es meint nichts anderes, als dass Mütter auf existenzsichernde Erwerbsarbeit und Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz verzichten, und Kinder, Pflegebedürftige und Männer (auch wenn sie nicht pflegebedürftig sind) zu Hause betreuen sollen. Die Tatsache, dass in den meisten Städten immer noch viel zu wenig Kinderkrippen- und –gärten zur Verfügung stehen, jedoch Betreuungsgeld und Ehegattensplitting für Hausfrauen, bzw. deren Männer flächendeckend eingeführt sind, wird übersehen. Nun geht es

²⁶ Gabriele Kuby: Auf dem Weg zum neuen Gender-Menschen, Kisslegg 2007, S. 26.

²⁷ Andreas Püttmann: Runter vom Sockel, in: Christ und Welt, H. 26/2013.

²⁸ Eike Sanders / Ulli Jensch / Felix Hansen: Deutschland treibt sich ab, Münster 2014.

²⁹ Ebd., S. 26.

allerdings nicht nur um die Hausversorgung der Kinder. „Als Problemgruppe, die künftig zahlenmäßig eine erhebliche Bedeutung haben wird, kristallisieren sich die älteren kinderlosen Alleinstehenden heraus, von denen nur 20 % darauf vertrauen, im Pflegefall auch auf Angehörige rekrutieren zu können“.³⁰ ‚Kinderlose‘ werden also früher oder später zum Problem und fallen dann der „christlichen Caritas und Seelsorge“ zur Last.

Abtreibung ist „Mord im Mutterleib“

Selbstbestimmung der Frauen über den eigenen Körper – eine der zentralen Forderungen der feministischen Bewegungen - ist bei christlichen Fundamentalisten und Evangelikalen tabu, Abtreibung ist ‚Mord im Mutterleib‘. Sie wird gar als ‚Babycaust‘ bezeichnet und damit mit dem nationalsozialistische Holocaust gleichgesetzt, der damit relativiert wird. Vor etwa drei Jahren hat der Bundesgerichtshof als letzte Instanz Klaus Günter Annen, einem katholischen Vertreter der ‚Aktion Leben‘ zugebilligt, dass sein Slogan „Damals: Holocaust - heute: Babycaust“ mit der freien Meinungsäußerung vereinbar sei.³¹

Immer wieder werden Gottesdienste und Mahnleuten von Kirchenglocken für „Ungeborene Kinder“, „Gehsteigberatungen“, die durch den Bundesverband Lebensrecht alljährlich organisierten „Märsche für das Leben“ und andere Aktionen von Zusammenschlüssen christlicher FundamentalistInnen gestartet. Ihr Ziel ist das ausnahmslose Verbot von Schwangerschaftsabbrüchen – auch bei Schwangerschaft, die durch Vergewaltigung und Inzest ausgelöst wurden. Meist bringen sie demografische Argumente ins Spiel, verweisen auf die niedrige Geburtenrate und auf Staatsbürger- und Menschenrechte, die Föten zu Teil werden sollen. Das Selbstbestimmungsrecht der Frauen, wird von den AbtreibungsgegnerInnen vehement abgelehnt. Auch Homosexualität und „außerehelicher Geschlechtsverkehr“ sind verpönt. Beide stellen keine „zielführende Sexualität“ dar, weil sie nicht auf ‚Kindersegen‘ ausgerichtet sind. Die selbsternannten „Lebensschützer“ stehen für eine Gesellschaft, die auf der bürgerlichen heiligen Kleinfamilie, Zweigeschlechtlichkeit, Transfeindlichkeit, einer strengen fundamentalistischen Sexualmoral, Verbot oder Umerziehung von

³⁰ Renate Köcher: Allensbacher Jahrbuch, S. 660 f.

³¹ www.kath.net/news/5014 (Zugriff: 3. März 2015).

Homosexualität und auf Gott- und Obrigkeitsergebenheit beruht.³² Da nach ihrer Rhetorik nur Gott alleine über Leben und Tod bestimmen kann, nicht der Mensch, machen sie es sich mit dieser ‚Freiheit‘ einfach: Gott muss sich weder mit den Umständen noch den Folgen einer ungewollten Schwangerschaft auseinandersetzen.

Familismus und die „neue Rechte“

Rechts-konservative Parteien und Gruppierungen erstarken nicht nur in Deutschland, sondern auch in anderen Ländern Europas. Ultrarechte christliche Kleinparteien wie die ‚Partei bibeltreuer Christen‘ oder neuerdings auch die nicht mehr so kleine selbsternannte ‚Alternative für Deutschland‘ (AfD) und die aus einer Spaltung von der AfD hervorgegangene neue Partei ‚Allianz für Fortschritt und Aufbruch [ALFA]‘³³ kämpfen gegen Toleranz und Vielfalt und gegen Zuwanderung. Auch sie setzen sich für die deutsche Kleinfamilie ein und wollen eine Bestrafung des Schwangerschaftsabbruchs. Neben moralischen Argumenten wird auch bei ihnen die „demografische Krise“ ins Feld geführt. Dabei geht es meist um völkisch-nationalistische Argumente, wie das Aussterben des deutschen Volkes. Die Argumente sind alt. „Geschähe nicht umgehend ein Umdenken“, beständen die „äußere Gefahr der fremdstämmigen Besetzung“ und die „innere Gefahr der fremdstämmigen Vermehrung“, so der Publizist Pierre Krebs bereits 1987.³⁴ Prof. Dr. Robert Hepp, seiner Zeit Leiter der Forschungsstelle für phänomenologische Soziologie und Bevölkerungswissenschaft an der Universität Osnabrück, sprach zu gleicher Zeit von einem „sanften Völkermord an sich selbst“ und – indem er nicht vor dem Gebrauch nationalsozialistischen Vokabulars zurückschreckte – von einer „Endlösung der Deutschen Frage.“³⁵ Die Argumente rechter Bevölkerungswissenschaftler aus rechten Zeitschriften ließen sich durch Positionen auch von Theologen und Soziologen aus der „Jungen Freiheit“ und der „Nation Europa“ und anderen Zeitschriften fortsetzen.³⁶ Sie sind Wasser auf die Mühlen der konservativen Familisten.

³² www.sexuelle-selbstbestimmung.de

³³ Vorsitzender Bernd Lucke.

³⁴ Pierre Krebs: Spektrale Analyse des Geburtenrückganges, in: Elemente zur Metapolitik 3/1987, S. 7 – 16; hier S. 7.

³⁵ Robert Hepp: „... als würde der deutsche Wald das deutsche Volk überleben“, in: Elemente zur Metapolitik 3/1987, S. 16 – 24; hier: S. 20 ff.

³⁶ Siehe hierzu: Gisela Notz, Kritik des Familismus, S. 165 ff.

Die AfD bezeichnet sich selbst als Familienpartei. Im Grundsatzprogramm der AfD heißt es: „Die Wertschätzung für die traditionelle Familie geht in Deutschland zunehmend verloren. Die Familie aus Vater, Mutter und Kindern als Keimzelle der Gesellschaft zu verstehen und den Bedürfnissen der Kinder und Eltern gerecht zu werden, muss wieder Mittelpunkt der Familienpolitik werden“. Sie fordert „eine solidarische Förderung der Familien“ als Investition „in unsere gemeinsame Zukunft“. Für die „Bildung als Kernaufgabe der Familie“ sollen in erster Linie die Eltern verantwortlich sein, der flächendeckende Ausbau von Kitas und Krippen wird zwar gefordert, eine „Kita- und Krippenpflicht“ [die meines Wissens noch niemand gefordert hat G.N.] jedoch abgelehnt. Alleinerziehende Elternteile werden zwar anerkannt, aber: „Der Idealfall für die kindliche Entwicklung ist jedoch immer das Vorhandensein von Mutter und Vater“.³⁷ Die Vorsitzende Frauke Petry (geb. 1975) betonte in einem Interview mit der rechten Wochenzeitung „junge Freiheit“ ausdrücklich: Familienpolitik, das dürfte man heute wieder sagen, sei Bevölkerungspolitik.³⁸ Ihr Idealbild: Jede deutsche Familie sollte drei Kinder haben. Björn Höcke, inzwischen Fraktionsvorsitzender der AfD im thüringischen Landtag und Star des rechtskonservativen Milleus sieht das ebenso: „Wir brauchen eine politische Elite, die bereit ist, gegen den Zeitgeist der Dekadenz eine Drei-Kind-Familie zu postulieren und vorzuleben«, denn „die Familie ist die wichtigste Sozialisationsinstanz. Es werden dort Werte vermittelt, Gemeinschaftsorientierung, eine positive Unterordnungsfähigkeit«.³⁹

Durch die Wahlsiege der AfD sind Anti-Feminismus und Familismus in die Parlamente eingezogen. Beatrix von Storch (geb. 1971) - beim ‚Marsch für das Leben‘ in der ersten Reihe – sitzt seit 1. Juli 2014 für die AfD im Europaparlament. Dort kämpft sie gegen Abtreibung, „Genderei“, Feminismus und gegen die Ausweitung von Familienformen, gegen Sexualaufklärung und Homosexualität. Die AfD schlug 2014 eine Volksabstimmung über die Verschärfung der

³⁷ AfD: Argumentationsleitfaden 2013, zitiert nach: Andreas Kemper: Keimzelle der Nation? Familien- und geschlechterpolitische Positionen der AfD – Eine Expertise. Hrsg. von Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin April 2014.

³⁸ Andreas Kemper: Keimzelle der Nation – Teil 2, Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung, 2014, S. 12.

³⁹ Zit. Nach Andreas Kemper: Faschismusanalyse zu Höcke (RLS).

Abtreibungsgesetze vor, um dem angeblichen Kindermangel in Deutschland entgegenzuwirken und damit das Überleben der Nation zu sichern.⁴⁰

In der AfD-Gender-Resolution von Baden-Württemberg von 2015 heißt es: „Die gegen die Natur des Menschen gerichtete Gender- Ideologie ist einer der wichtigsten bevölkerungspolitischen Herausforderung, vor der Deutschland steht, nämlich die Geburtenrate signifikant zu steigern, in extremer Weise abträglich.“ Darin heißt es auch: „Die Alternative für Deutschland setzt sich für eine Willkommenskultur für Un- und Neu-geborene ein und wendet sich gegen alle Versuche, Abtreibungen zu bagatellisieren, sie staatlicherseits zu fördern oder sie gar zu einem „Menschenrecht“ zu erklären.“⁴¹ Die Verbindung zur Flüchtlingspolitik braucht nicht erklärt zu werden. „Gender“ wird pauschal abgelehnt, denn es „produziert Ängste, Egosimen, Verunsicherung und Unrecht in vielen Bereichen des menschlichen Alltags. Und es zerstört die Familie als natürliche Grundlage einer funktionierenden Gesellschaftsordnung.“⁴² Andere Landesverbände entwickeln ähnliche Resolutionen. Dabei ist „Gender“ nicht mehr und nicht weniger als eine Analysekathegorie, die das soziale Geschlecht einer Person bezeichnet

Die Aufrechterhaltung des Familismus und der nationalen Werte verbindet die AfD mit der Pegida-Bewegung, die antimuslimischen Rassismus schürt und ebenso den Familismus vertritt, mit den „Lebensschützern“, mit „Männerrechtlern“, Maskulisten und den „Besorgten Eltern“. Dem konservativen Weltbild ihrer AnhängerInnen widerspricht die Ausdifferenzierung der Lebensformen ebenso wie die Annahme vielfältiger geschlechtlicher Identitäten. Sie setzen Homophobie und Islamophobie gegen gesellschaftliche Vielfalt. Dabei geht es um die Wiederbelebung einfacher Muster und Modelle. Sie finden AnhängerInnen, weil sie nach einfachen Lösungen suchen und die rassistische und antifeministische Grundstimmung in Teilen der Bevölkerung verstärken, die sich nach Verhältnissen der Ordnung alter Zeiten sehnen, als die Welt noch übersichtlich schien. Wollen sie das wirklich?

Wirkung auf den politischen Main-Stream

⁴⁰ www.welt.de/politik/deutschland/article131473731/AfD-will-Volksabstimmung-ueber-Abtreibungsgesetze.html (Zugriff: 29.5.2016).

⁴¹ AfD Baden-Württemberg: Resolution gegen Gender Mainstreaming.

⁴² Ebenda.

Zu befürchten ist, dass antifeministische und familistische Inhalte nicht nur extrem rechte Wahlkämpfe durchziehen, sondern in Teilen der Gesellschaft an Salonfähigkeit gewinnen. Eine erstarkende AfD und ein sich auch in bürgerlichen Kreisen immer weiter ausbreitendes autoritäres und antiliberales Denken verleiten selbst etablierte Parteien dazu, sich nationalkonservativen Positionen anzunähern, schon alleine, um nicht weitere Wählerstimmen zu verlieren. Bereits heute dient der Begriff des „Genderismus“ einem heterogenen Milieu von Gender-KritikerInnen und AntifeministInnen auch außerhalb der extremen Rechten zur Bestimmung eines Untergangsszenarios und gemeinsamen Feindbildes. Unterstützt werden sie durch (nicht nur) rechte Zeitungen und Magazine, die antifeministischen und familistischen Akteuren als Medien dienen. Deshalb braucht es keinen neuen Familismus, sondern Bündnisse von kritischen Feministinnen auch außerhalb der Parteien und Verbände, die aus unterschiedlichen Perspektiven den reaktionären Vorstellungen und Forderungen begegnen und sich dafür einsetzen, dass nicht mehr antifeministische Bilderbuchfamilien verherrlicht werden, sondern alle Geschlechter in ihren unterschiedlichen Lebensformen respektiert werden. Vielleicht gelingt es, sich weniger mit Abwehrstrategien zu beschäftigen, sondern wieder positive Gegenprogramm zu entwickeln.

Gisela Notz ist freiberufliche Sozialwissenschaftlerin in Berlin. Ihr zuletzt geschriebenes Buch: Kritik des Familismus. Theorie und soziale Realität eines ideologischen Gemäldes setzt sich mit diesem und anderen Themen auseinander.